

München, 01.11.2015

Frauen bleiben auf dem Weg nach oben immer noch auf der Strecke

SPD-Anfrage zeigt: In den Führungspositionen im Öffentlichen Dienst des Freistaates gibt es nur wenig Frauen

Frauen haben im öffentlichen Dienst des Freistaates immer noch das Nachsehen. Das zeigt die Antwort auf eine aktuelle Anfrage der frauenpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Dr. Simone Strohmayr**. Demnach liegt der Anteil der Frauen in der höchsten Besoldungsgruppe (A 16/EntGr E 15 Ü) in Behörden, Ministerien und Unternehmen, an denen der Freistaat Anteile hat, derzeit nur bei 19,2 Prozent. Bei den Vorständen und Geschäftsführern dieser Besoldungsgruppe machen Frauen gerade einmal 17,9 Prozent aus, in den Aufsichtsgremien 18,4 Prozent. "Zwar entwickeln sich die Zahlen nach oben, allerdings viel zu langsam", erklärt Strohmayr. "So dauert es noch Jahre, bis das Verhältnis zwischen Männern und Frauen ausgeglichen ist".

Zwei weitere Beispiele: Der Anteil der weiblichen Lehrkräfte ist traditionell sehr hoch. Lehrer gilt als Frauenberuf, vor allem in der Grund- und Mittelschule. Dort liegt der Anteil der Frauen bei 82,9 Prozent, doch sind nur circa 60 Prozent der Direktoren im Schuljahr 2014/2015 weiblich. In den eigenen Ministerien des Freistaates liegt der Frauenanteil inzwischen zwar bei über 50 Prozent. Doch die Zahl der leitenden Frauen ist mit 19,2 Prozent weitaus geringer.

Warum Frauen auf dem Weg nach oben immer noch auf der Strecke bleiben, dafür sieht Strohmayr viele Gründe: „Die Realität sieht doch leider so aus: Nach wie vor sind es oftmals die Frauen, die sich um die Kinderbetreuung, Haushaltsaufgaben und Pflege von Angehörigen kümmern. Da ist es schwierig, Karriere und Familie unter einen Hut zu bringen.“ Nach Ansicht der SPD-Politikerin sind dringend Konzepte wie beispielsweise das „Führen in Teilzeit“ erforderlich.

Um die Gleichstellung im gesamten öffentlichen Dienst weiter voranzubringen, stellt Simone Strohmayr die Novellierung des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes (BayGlG) vor. Den SPD-Entwurf wird sie Anfang November bei einer Pressekonferenz im Bayerischen Landtag präsentieren. Die Einladung erfolgt in Kürze.